

Offener Brief an die Landrätin, die Landwirtschaftsministerin
und die protestierenden Landwirte*innen

Nachrichtlich an:
Untere Naturschutzbehörde und die Naturschutzbeauftragten des
Landkreises

Hardeggen, den 18.08.2022

Thema: Bauernproteste gegen Pestizidverbot in LSG – Unterstützung der Landrätin

Wenn die in der HNA zitierte Kernbotschaft der Bauern „Wir werden die Verordnungen und Gesetze, die nur auf grünen Ideologien basieren, nicht mehr widerstandslos hinnehmen“ zutreffend ist, zeugt diese Botschaft von großer Unwissenheit und/oder völliger Ignoranz. Inzwischen ist in diversen Arbeiten, Studien und Untersuchungen auch auf wissenschaftlicher Grundlage nachgewiesen, dass die heute betriebene konventionelle, intensive Landwirtschaft zu einem großen Prozentsatz als Ursache für Artensterben und den Rückgang von Biodiversität angesehen werden muss (Nachzulesen übrigens gelegentlich auch in der HNA!). Für diese Entwicklung tragen die Landwirte aber nicht die Hauptschuld. Diese ist eindeutig einer unter dem Druck von Globalisierung, von Chemie- und Lebensmittelindustrie stehenden falschen Agrarpolitik und der hieraus resultierenden Beratung sowie entsprechender Lobbyisten zu sehen. Schließlich sind die Betriebe gezwungen, sinkende Erzeugerpreise bei steigenden Betriebsmittelpreisen durch eine Erhöhung der Produktion zu kompensieren. Geschuldet ist diese „Wachsen oder Weichen Strategie“ dem von Liberalisierung, Privatisierung und freiem Markt gekennzeichneten kapitalistischem Wirtschaftssystem. Diese Zusammenhänge müssen erkannt und realisiert werden, damit nicht weiterhin, der Einfachheit geschuldet, alle notwendigen Umweltauflagen zum Grund allen Übels gemacht werden. Der Erhalt und eine langfristige Sicherung der Land- und forstwirtschaftlichen Flächen, der gesamten Kulturlandschaft kann nur **mit** und **nicht** gegen die Natur gelingen.

Seit Jahren wird von den Umweltverbänden, anderen NGOs und Teilen der Wissenschaft eine Transformation der Landwirtschaft hin zu einer Reduktion von Pestiziden und Mineräldünger und einem umfassenden Bodenschutz gefordert. Wenn die EU jetzt auf Grund der desaströsen ökologischen Lage zaghafte Versuche zum Schutz von Arten und Biodiversität unternimmt (z. B. Pestizidverbot in LSG), so ist dieser Schritt überfällig. Wir Alle müssen uns auf Änderungen und Einschränkungen der Alltäglichkeit durch Klimawandel, Ressourcenverbrauch und Dürre einstellen. Auch eine vor 20 Jahren wohl zugesagte Bewirtschaftung von LSGs steht da auf dem Prüfstand und sollte von Seiten der Landwirtschaft nicht bekämpft, sondern mit Einsicht und konstruktiven, erkenntnisorientierten Ideen begegnet werden.

Was die Reaktion der Landrätin, die Zusage der Unterstützung und Weiterleitung der Forderungen betrifft, scheint es sich hierbei eher um eine Wahlkampfstrategie zu handeln als um eine wirklich qualifizierte Beurteilung der Proteste. Auch wenn ihre Kompetenz in agrarpolitischen Fragen und Zusammenhängen eher in Zweifel zu ziehen ist, sollte ihr bewusst sein, dass in der gegenwärtigen ökologischen Krisensituation die unreflektierte Parteinahme für einen bedrängten Berufsstand nicht angemessen erscheint. Als gewählte Landrätin sollte sie die objektiven Interessen aller Bürgerinnen nach einer intakten, gesunden und vielfältigen Umwelt vertreten.

Vorschlag des BUND an die Landrätin: Nehmen sie sich eine Zielsetzung des Projektes „Niedersächsischer Weg“ zu Herzen, bis 2030 15% Ökolandbau in Niedersachsen zu realisieren. Setzen Sie sich energisch und aktiv für eine umfassende ideelle und finanzielle Unterstützung z.B. von Landwirten in Landschaftsschutzgebieten ein, damit diese ihre Betriebe auf ökologischen Landbau umstellen und somit einen positiven Beitrag zu Arterhalt und Vielfalt leisten können. Der Ökolandbau beweist seit Jahren, dass auch ohne Pestizide und Mineräldünger notwendige Einkommen in der Landwirtschaft zu erzielen sind.

Wenn die Landwirtschaftsministerin im Zusammenhang mit dem Pestizidverbot in LSG vom „Aus“ vieler Höfe in Niedersachsen und einer Verabschiedung von der Selbstversorgung mit heimischen Lebensmitteln spricht, so ist dies zynischer Populismus und hält keiner qualifizierten Situationsanalyse stand. Die Existenzgrundlage wird vielen Betrieben nicht durch Umweltauflagen, sondern durch eine völlig verfehlte Agrarpolitik mit entsprechender Förderung und dem Preisdruck von Handel und Industrie entzogen.

Kontakt:

BUND Kreisgruppe Northeim c/o Jürgen Beisiegel
Tel.: 05555-809922 Mail: juergen.beisiegel@nds.bund.net